

**Rede des Landrates Rolf Menzel
zur Einbringung des Entwurfes der
Haushaltssatzung 2010 und des Haushaltsplanes
in der Sitzung des Kreistages am 10. Dezember 2009**

Es gilt das gesprochene Wort!

**Sehr geehrte Kreistagsabgeordnete,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren!**

Die jährlich wiederkehrende Einbringung eines Haushaltes ist normalerweise Routine. Der jeweilige Hauptverwaltungsbeamte und oder Kämmerer berichtet über die Erfolge und Probleme des ablaufenden Jahres und beschreibt die Ziele fürs kommende Jahr. So war es überwiegend auch in den vergangenen Jahren bei uns. In diesem Jahr ist das anders. Wir legen Ihnen wieder einen nicht ausgeglichenen Haushalt vor. Sie werden sagen, kennen wir, hatten wir 2005 schon einmal. Stimmt, aber während wir 2005 mit einem umfangreichen Maßnahmenpaket sowohl über die Ausgaben als auch über die Einnahmen eine Perspektive darstellen konnten, fehlt eine solche jetzt völlig.

Einzige Ausnahme: Eine drastische Erhöhung der Kreisumlage. Einen solchen Weg schlagen wir Ihnen aber nicht vor. Schon jetzt sind die Städte und Gemeinden nicht mehr in der Lage, ihre finanzielle Schieflage in den Griff zu bekommen.

Und es wird ja in den nächsten Jahren nicht besser. Insbesondere der Rückgang des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und der Gewerbesteuer und die Reduzierung der GfG-Mittel führen dazu, dass es auf lange Sicht kein Entkommen mehr aus der finanziellen Notlage gibt. Selbst wenn die Kommunen und auch der Kreis von heute auf morgen alle freiwilligen Leistungen streichen, würden die Ergebnisse der kommenden Jahre weiterhin rote Zahlen aufweisen. Deshalb wiederhole ich es auch hier: Unsere Kommunen und wir, und nur für die kann ich reden, haben ein Einnahmeproblem und kein Ausgabeproblem.

Ab dem kommenden Jahr werden sich nach den derzeitigen Informationen sechs Kommunen im Nothaushalt befinden, bei den anderen wird die Ausgleichsrücklage in 2010 und 2011 aufgezehrt sein, so dass auch diese absehbar in die Haushaltssicherung wandern.

Vor diesem Hintergrund klingt es wie Hohn, wenn – wie vor wenigen Tagen geschehen - Vorwürfe an die Kommunen gerichtet werden und von hausgemachten Gründen für die desolaten Haushalte die Rede ist. Solche Äußerungen sind realitätsfern, meine Damen und Herren. Was wir brauchen, sind konkrete Maßnahmen und Lösungen, sonst werden wir aus diesem Dilemma nicht wieder herauskommen. Weder die Städte und Gemeinden, noch unser Kreis selbst.

Konkrete Zahlen und Informationen für den Rheinisch-Bergischen Kreis zum Haushaltsjahr 2010 und die zukünftige Finanzplanung erhalten Sie im Anschluss vom Kreiskämmerer, Herrn Udo Wasserfuhr. Von mir nur einige allgemeine Anmerkungen zu Themen, die uns derzeit bewegen.

Zunächst zum Konjunkturpaket II. Diese Gelder tragen nicht – auch wenn das oft so gesehen wird –zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte bei.

Sie wissen es: Vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise hat die Bundesregierung Anfang März 2009 das „Gesetz zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder“, bekannt als „Konjunkturprogramm II“, beschlossen.

Der Rheinisch-Bergische Kreis kann aus diesem Topf Mittel in Höhe von knapp zwei Millionen Euro erhalten. In seiner Sitzung am 26. März 2009 hat der Kreistag beschlossen, davon circa 1,6 Millionen für energetische Sanierungsmaßnahmen an den beiden kreiseigenen Förderschulen Martin-Luther-King-Schule in Rösrath und Friedrich-Fröbel-Schule in Bergisch Gladbach-Moitzfeld einzusetzen.

Eine Entscheidung über die Verwendung der verbleibenden Mittel aus diesem Konjunkturprogramm erfolgt nach Durchführung und Abrechnung der beschriebenen Maßnahmen. Verschiedene Vorschläge hierfür liegen vor, so dass voraussichtlich die gesamten Mittel abgerufen werden. Wobei es sich hier - und ich erwähnte das anfangs – nicht um Geschenke handelt. Im Gegenteil, das Prozedere sieht Folgendes vor: Die Mittel aus dem Konjunkturpaket II können in den Jahren 2009 und 2010 abgerufen werden. Mit einer Maßnahme

muss spätestens 2010 begonnen werden. Sie muss zumindest teilweise in 2011 abgeschlossen sein. Die letzte Mittelauszahlung findet dann definitiv Ende 2011 statt. Ab 2012 regelt dann das jährliche Gemeindefinanzierungsgesetz, in welcher Höhe sich die Kommunen für die Dauer von 10 Jahren an der Rückzahlung des kreditfinanzierten Konjunkturpaketes beteiligen müssen. Die Höhe hängt ganz entscheidend von den tatsächlich abgerufenen Mitteln ab. Von daher kann zum jetzigen Zeitpunkt noch keine verbindliche Zahl genannt werden, aber sicher ist, dass hier Mindereinnahmen auf uns zukommen!

Wir haben daher großen Wert darauf gelegt, dass der Rückzahlung der Investitionen geringere Betriebskosten gegenüber stehen.

Den größten Druck – und zwar auf die Haushalte aller Kreise und kreisfreien Städte – verursachen die Bereiche SGB II und XII.

Aufgrund der derzeitigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung steigen die Aufwendungen im Bereich des SGB II permanent an. Gleichzeitig zieht sich der Bund aus der Beteiligung an den Kosten der Unterkunft weiter zurück. Die Schere geht zu Lasten der Kommunen immer weiter auseinander. Im Bereich des SGB XII steigen die Kosten zum Teil um 14 %. Hier schlagen insbesondere die Aufwendungen für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie die Hilfe zur Pflege in Einrichtungen zu Buche. Zahlen und Fakten erhalten Sie auch hierzu von unserem Kämmerer Udo Wasserfuhr.

Fatal an der Situation ist, dass die kommunale Ebene nur ganz begrenzte Möglichkeiten hat, hier entgegen zu steuern. Gefordert ist der Bund. Er muss stärker in die Finanzierung von Sozialleistungen einsteigen und die Kommunen entsprechend entlasten. Angesichts leerer Kassen beim Bund ist dies eine kühne Forderung, aber selbst ohne Weltwirtschaftskrise war der Punkt abzusehen, an dem die Belastung durch die Sozialausgaben von den Kommunen nicht mehr zu tragen war. Eine Diskussion über Steuersenkungen kann ich daher nicht nachvollziehen. Um so schlimmer ist die Situation natürlich jetzt. Sie bedeutet, dass selbst wirtschaftsstarke Kreise und Städte bedroht sind, endgültig in eine finanzielle Schieflage zu gelangen drohen, aus der sie sich nicht mehr aus eigener Kraft befreien können.

Als Sofortmaßnahme fordern daher die kommunalen Spitzenverbände, die Anpassungsformel zur Festsetzung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung unverzüglich an die reale Kostenentwicklung anzupassen. Denn zur Zeit ist die Situation so, dass die Ausgaben für Unterkunft und Heizung in den letzten Jahren erheblich gestiegen sind, während die Bundeszuschüsse deutlich gesunken sind. Die Berechnungsformel für die Kostenerstattung des Bundes ist von den kommunalen Trägern stets heftig kritisiert und bekämpft worden - und zwar zu Recht. Unser saldierter Nettoaufwand - nur bei den Unterkunftskosten - ist seit 2007 um 6,5 Millionen gestiegen.

Selbstverständlich, meine Damen und Herren, ist die Entwicklung bei den Sozialleistungen unabdingbar mit der Zukunft der ARGEN verbunden.

Auf Grund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 20.12.2007 muss die Leistungsträgerschaft im SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) bis spätestens 31. Dezember 2010 neu organisiert werden. Seit dem Urteil ist der Versuch gescheitert - sofern man überhaupt von einem ernst gemeinten Versuch sprechen kann - durch eine Verfassungsänderung die heutigen Arbeitsgemeinschaften abzusichern. Die neue Bundesregierung hat jetzt beschlossen, die Neuorganisation der Grundsicherung für Arbeitssuchende in getrennter Aufgabenwahrnehmung durchzuführen. Die bestehenden Optionskommunen sollen ihre Aufgabe auf der Grundlage geltenden Verfassungsrechts unbefristet wahrnehmen können. Eine Ausweitung der Optionskommunen wird es aller Voraussicht nach nicht geben. Sollte dies wider Erwarten doch der Fall sein, gehe ich davon aus, dass der Rheinisch-Bergische Kreis auch seinen Hut in den Ring wirft.

Getrennte Aufgabenwahrnehmung heißt: Die Bundesagentur für Arbeit ist für die Vermittlung in Arbeit zuständig, die Kommune für die Bewilligung und Auszahlung der Kosten von Wohnung und Heizung und für Gewährung notwendiger sozialer Hilfeleistungen, wie zum Beispiel Schuldnerberatung und Suchtberatung. Diejenigen, die Grundsicherungsleistungen in Anspruch nehmen, werden dann von zwei Behörden betreut. Dementsprechend müssten zwei Akten geführt werden. Anträge, Bescheide und Widersprüche müssten doppelt gestellt und bearbeitet werden. Die Arbeitsvermittlung in einer für den

Arbeitsmarkt schwierigen Zeit wird auf unverantwortliche Weise erschwert. Die Rolle der Kommunen wird durch dieses Konzept einmal mehr geschwächt, zumal geplant ist, dass die Bundesagentur Entscheidungsbefugnisse mit mittelbarer Wirkung für den kommunalen Träger bekommen soll..

Wir – und viele andere Kommunen mit uns – sind mit dem ARGE-Prinzip gut gefahren und haben qualifizierte Mitarbeiter, die sich um die Hilfesuchenden kümmern. Genau auf dem Rücken derer wurde das Thema ausgesessen.

Nach der nicht nachvollziehbaren Entscheidung brauchen die Mitarbeiter vor Ort jetzt Planungssicherheit, denn sie werden sich sonst andere berufliche Perspektiven in ihren „Heimatbehörden“ suchen.

Infolge des bereits seit einem Jahr bestehenden Schwebeszustandes nimmt die Abwanderung qualifizierter Fachkräfte aus den Argen zu, da ihre Zukunft ungewiss ist. Das ist eine alarmierende Entwicklung: Um unsere Arbeit weiterführen zu können, brauchen wir qualifizierte Mitarbeiter. Dies ist unerlässlich, wenn eine wirksame Förderung und berufliche Eingliederung der Langzeitarbeitslosen erfolgen sollen. Solche Mitarbeiter findet man nicht auf der Straße.

Das ständige „Hü und Hott“ bei Organisation und personellem Einsatz kann dieser großen gesellschaftspolitischen Verantwortung nicht gerecht werden.

Meine Damen und Herren,

man kann aber nicht nur gebetsmühlenartig wiederholen, dass Bund und Land ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, ohne sich selbst um die Konsolidierung des eigenen Haushaltes zu kümmern. Wir tun dies seit Jahren in vorbildlicher Weise, aber irgendwann ist beim Kürzen der Sachausgaben und der Reduzierung des Personalbestandes das Ende der Fahnenstange erreicht. Es wird uns dennoch auch in Zukunft nicht erspart bleiben, jede Anschaffung, jede Maßnahme und jede Personalentscheidung nach ihren finanziellen Aspekten und Einsparmöglichkeiten zu hinterfragen.

Bei allen Sparbemühungen sollten wir doch stets im Auge haben, Kürzungen an den richtigen Stellen vorzunehmen. Es wäre fatal, wenn wir jetzt Projekte, zum Beispiel aus dem Strategieprozess RBK 2020, einstellen würden; Projekte, die für eine weitere Entwicklung unseres Kreises unabdingbar sind. Ziel

unserer Maßnahmen ist es, optimale Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft und die Lebensqualität unser Bürger zu schaffen. Fahren wir hier aus finanziellen Gründen unsere Maßnahmen zurück, wird sich das kurz- bis mittelfristig auch bei unserer Wirtschaft bemerkbar machen. Mit anderen Worten: Um aus unserer schwierigen finanziellen Situation herauszukommen, müssen wir unsere wichtigen Projekte, zum Beispiel aus dem Strategieprozess, mit voller Kraft weiterführen – alles andere würde uns letztlich in eine noch schwierigere finanzielle Situation bringen und uns im Wettbewerb der Regionen zurückwerfen.

Dank der aktiven Mitarbeit nahezu aller wichtiger Akteure und Gruppen in unserem Kreis, Dank der Unterstützung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden und Dank der Begleitung und Unterstützung auch durch Sie, meine Damen und Herren, können wir inzwischen Erfolge vorweisen. Erfolge, mit denen wir den Rheinisch-Bergischen Kreis in der Region positionieren und den Wettbewerb der Städte und Kreise um Einwohner, Arbeitskräfte und Kapital aufnehmen sowie den Herausforderungen des demographischen Wandels aktiv begegnen können.

In der Regionalkonferenz, die vor drei Wochen hier bei uns im Kreishaus stattfand, konnten sich die einhundertachtzig Teilnehmer aus allen relevanten Bereichen des Kreises über den Zwischenstand des Prozesses informieren.

In speziellen Themenforen wurden die Sachstände der wichtigsten Startprojekte vorgestellt und erörtert. Über die zahlreichen Anregungen und das sehr positive Echo habe ich mich gefreut. Ich möchte die Gelegenheit nutzen und mich an dieser Stelle bei allen Beteiligten am Strategieprozess herzlich bedanken.

Mit der Schaffung eines Zukunftsausschusses haben Sie das Signal ausgesendet, dass dieser Thematik eine hohe Bedeutung beigemessen wird. Ich sehe diesen Ausschuss als Plattform zur Diskussion und Information über die innovativen Themen, die die Zukunftsfähigkeit unseres Kreises fördern und sichern.

Im Zusammenhang mit dem Prozess RBK 2020 - Fit für die Zukunft - wurden auch die Bereiche Bildung und Integration von Migranten als wesentliche Zukunftsthemen erfasst.

Die Entwicklung und Schaffung regional vernetzter Bildungsstrukturen ist als Startprojekt gesetzt. Das Angebot des Landes, gemeinsam ein Bildungsnetzwerk im Rheinisch-Bergischen Kreis zu initiieren, ging in genau diese Zielrichtung..

Der Lenkungskreis aus Vertreterinnen und Vertretern der Schulaufsicht, der Schulen, der kommunalen Schulträger und des Kreises hat aus der Vielzahl der in diesem Vertrag genannten Handlungsfelder vier Themenbereiche ausgewählt, die - aus seiner Sicht - herausragende Bedeutung haben und vorrangig bearbeitet werden sollen.

Es handelt sich um

- die Verbesserung des Übergangs zwischen Kindergarten und Grundschule
- die Begleitung der Schulen auf ihrem Weg zur eigenverantwortlichen Schule
- die Verbesserung des Übergangs zwischen Schule und Beruf
- das Bildungsmanagement (Stichwort: Lebenslanges Lernen)

Insbesondere die Verbesserung des Übergangs Schule/Beruf ist aus meiner Sicht ein ganz wesentlicher Ansatz und ich habe es daher auch zum Kernthema des Neujahrsempfanges am 06.01. gemacht. Es muss uns gelingen, meine Damen und Herren, gut ausgebildete Schülerinnen und Schüler unter Berücksichtigung der Anforderungen der Wirtschaft aus der Schule heraus in eine qualifizierte Berufsausbildung oder ein entsprechendes Studium zu vermitteln. Dann wird der Prozess der Eingliederung der Jugendlichen in das Berufsleben ohne Reibungsverluste erfolgen.

Am 03. Juni 2009 fand die erste Bildungskonferenz im Rheinisch-Bergischen Kreis statt. Die Resonanz dieser Konferenz war groß. Über einhundert Vertreterinnen und Vertreter aus Bildung, Politik, Jugendhilfe, Kultur, Sport, Wirtschaft, Verwaltung usw. haben daran teilgenommen. In dieser Bildungskonferenz wurden weitere Impulse und richtungsweisende Empfehlungen für die Arbeit gegeben. Die fachlich-inhaltliche Arbeit wird jetzt weitergeführt und im Herbst 2010 in einer weiteren Bildungskonferenz wieder vorgestellt.

Bildung ist auch eines der Schwerpunktthemen bei der Integrationsförderung von Migrantinnen.

Zwar weist der Rheinisch-Bergische Kreis im landesweiten Vergleich einen unterdurchschnittlichen Ausländer- und Migrantenteil auf, jedoch nimmt deren Bedeutung am zukünftigen gesamtgesellschaftlichen Gefüge deutlich zu. Alle Untersuchungen im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel deuten darauf hin, dass die Bevölkerung in Deutschland und auch im Rheinisch-Bergischen Kreis "weniger, älter, bunter und sozial ungleicher" wird. Schon allein deshalb müssen Möglichkeiten gefunden werden, die Potenziale von Migranten weiter zu verbessern und damit zu ihrer Integration in die Gesellschaft beizutragen.

Integration konkret muss vor Ort stattfinden. Ich sehe die Aufgabe des Kreises in diesem Zusammenhang insbesondere darin, eine Plattform für den Austausch der Akteure zu bieten. So sollen für die wesentlichen Themenfelder der Integrationsförderung gemeinsam strategische Vorgehensweisen entwickelt und aufeinander abgestimmt werden. Diesen Zielen dient sowohl der Sozialbericht Integration, als auch das im Aufbau befindliche Integrationsportal. Fachleute erarbeiten zur Zeit Vorschläge für Ziel- und Handlungsschwerpunkte eines regional abgestimmten Integrationskonzeptes im Rheinisch-Bergischen Kreis. Die Ergebnisse fließen in die erste Integrationskonferenz ein, die am 20. Februar 2010 stattfinden wird. In dieser Konferenz werden die integrationsrelevanten Akteure im Kreis die vorgestellten Ziele und Handlungsschwerpunkte diskutieren und Empfehlungen für die weitere Arbeit aussprechen.

Aber, auch in diesem Zusammenhang stellt sich natürlich die Frage: Was werden wir uns zukünftig in diesen Aufgaben noch leisten können? Schließlich handelt es sich um sogenannte freiwillige Aufgaben, für die jedenfalls eine gesetzliche Verpflichtung nicht besteht.

Hier lautet die Gegenfrage: Können wir es uns leisten, nichts zu tun?

Ich bin davon überzeugt, dass sich schon in naher Zukunft diese Investitionen sowohl betriebswirtschaftlich als auch gesellschaftspolitisch rentieren.

Meine Damen und Herren,

mit der Regionale 2010 ist ein Netzwerk entstanden, das von Herrn Dr. Molitor, dem Geschäftsführer der Regionale 2010-Agentur, und vielen anderen Betei-

ligten manchmal ein bisschen liebevoll „regionale Familie“ genannt wird. Bei aller Würdigung der entstandenen Projekte ist dies für mich der nachhaltige Verdienst der Regionale 2010. Wir haben in der Region gelernt zusammenzuarbeiten, haben Vertrauen zueinander. Von dieser Stelle - ich glaube auch in Ihrem Namen - Herrn Dr. Molitor und seinem Team dafür ein herzliches Dankeschön.

Das Haushaltssicherungskonzept macht natürlich auch eine kritische Überprüfung aller Regionale 2010-Projekte notwendig. Auch hier werden wir Prioritäten setzen und uns sicherlich von dem einen oder anderen bereits begonnenen Projekt verabschieden. Ich habe Verständnis dafür, dass in der Öffentlichkeit mögliche Investitionen kritisch hinterfragt werden. Regionale 2010-Projekte, die der strukturellen Entwicklung unseres Kreises dienen, müssen jedoch weiter einen Schwerpunkt unserer zukünftigen Strukturpolitik bilden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Sie sehen, wenn wir nur halbwegs verlässliche Rand- und Rahmenbedingungen haben, wie dies in den letzten drei Jahren der Fall war, schaffen wir gemeinsam enormes für unsere Bürgerinnen und Bürger. Das, was heute allerdings für die Zukunft zu erkennen ist, macht mir persönlich Angst und Bange. Hoffen wir, dass ich mich täusche.

Ihnen und Ihren Familien wünsche ich ein gesegnetes Weihnachtsfest und für die Zukunft Zufriedenheit und Gesundheit! Ich freue mich auf unsere Zusammenarbeit in 2010.

Ich danke Ihnen!